

Betreuung von Masterarbeiten Prof.in Fuchs

Stand Februar 2026

I. Bewerbung

Die Betreuung von Masterarbeiten wird – vorbehaltlich freier Kapazitäten – laufend übernommen. Dafür ist ein kurzes **Proposal** (4-5 Seiten) einzureichen, aus der Themenstellung (vorläufiger Titel) und Forschungsfrage(n) hervorgehen (Abstract, Grobgliederung, vorläufiges Literaturverzeichnis).

Zudem hat die Bewerbung Ihr Sammelzeugnis zu enthalten.

Kontakt: ioer.fuchs@wu.ac.at

II. Allgemeine Voraussetzungen

Beachten Sie den allgemeinen Leitfaden für Qualifikationsarbeiten in der Abteilung Prof.in Fuchs auf unserer Website!

III. Abschließende Präsentation

Am Ende des Betreuungsprozesses – jedenfalls vor der Benotung – findet eine abschließende Präsentation statt, bei der Sie die wesentlichen Ergebnisse Ihrer Arbeit vorstellen. Im Rahmen dessen erhalten Sie mündliches Feedback.

Bitte halten Sie sich den hierfür bekanntgegebenen Termin frei!

IV. Themenstellungen

Die Betreuung von Masterarbeiten wird gegenwärtig vor allem in folgenden thematischen Feldern übernommen – eine konkrete Themenstellung ist eigenständig zu entwickeln:

- Der sachliche Anwendungsbereich des Sektorenvergaberechts
- Öffentliche Unternehmen als Grundrechtsverpflichtete
- Judikatur des VfGH zur „Legitimation durch Verfahren“
- Öffentliche Unternehmen und Rechnungshofkontrolle
- Die Notwendigkeit der Unabhängigkeit der Regulierung im Energiebereich
- Verfassungsrechtliche Grundfragen für die Einführung des verwaltungsgerichtlichen Vergleichs

- Grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Auftraggebern im Vergaberecht
- Der EMFA – Inhalte, Fragestellungen, innerstaatlicher Umsetzungsbedarf
- Privatwirtschaftsverwaltung – legalitätsrechtliche Anforderungen und Prüfung durch den VfGH
- Kohärenz, Konsistenz und Rationalität der Gesetzgebung als Anforderungen in der Rechtsprechung des VfGH
- Vergaberecht und Förderungsrecht: Abgrenzungen und Schnittstellen
- Zuständigkeit und Verfahren der Verwaltungsgerichte nach Art 130 Abs 2 Z 4 B-VG
- Interessenabwägungen im Umweltrecht: Zum Begriff des „überragenden öffentlichen Interesses“
- Instrumente der Wirtschaftsförderung im (Länder-)Vergleich
- Zusammenspiel von Wohnbauförderung und Wohnungsgemeinnützigkeit
- Ermessen in der Rechtsprechung des VwGH
- Rechtsfragen der Rahmenvereinbarung im Vergaberecht
- Amtshaftung: Haftung für Fehlverhalten „in Vollziehung der Gesetze“ (Unterschiedliche Verwaltungsbegriffe zwischen OGH und GHöR)
- Verordnungen des Gemeinderates aus rechtsstaatlicher und demokratischer Sicht
- Die Dokumentationspflicht des Ordnungsgebers
- Grundrechtliche Aspekte ausländischer Einmischung in Wahlen
- Zulässigkeit „positiver Diskriminierung“ im Verfassungs- und Unionsrecht
- „Astroturfing“ im Lichte politischer Grundrechte
- Verfahren zur Erteilung von Information durch private Informationspflichtige und Rechtsschutz
- Von der Versammlung zum Rave
- „How much is the Fish?“ Unions- und verfassungsrechtliche Grenzen staatlicher Preisregulierung
- Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetz – Echte Beschleunigung oder fromme Wünsche?
- Grundrechte im digitalen Umfeld: Zur Berücksichtigung von Grundrechten nach dem AI-Act (Grundrechte-Folgenabschätzung) und dem DSA (Risikobewertung)

- Der Zugang zum Recht für Kinder und Jugendliche: Analyse der verfassungsrechtlichen Vorgaben und Anforderungen
- „Höhere Gewalt“ im Verwaltungsrecht